

Heinrich-Böll-Stiftung
Festung Europa ?
Effekte und Konsequenzen von Arbeitsmigration

Dokumentation der Konferenz

Panel II

Öffnung Europas für ArbeitsmigrantInnen: Die Beispiele England und Schweden

ReferentInnen: Juliana Traser, University of Szeged, Ungarn
Jane Hardy, University of Hertfordshire, Großbritannien
Norbert Cyrus, Universität Oldenburg, Deutschland

DiskutantIn: Krystyna Iglicka, Leon Kozminski Academy of
Entrepreneurship and Management, Warschau, Polen

Moderation: Yongmi Schibel, Migration Policy Group, Brüssel,
Belgien

Yongmi Schibel eröffnete das Panel mit Überlegungen zum Verhältnis von Mobilität und Migration: Mobilität wird zu Migration wenn rechtliche Gleichstellung nicht gewährt ist. Sollte demnach EU Binnenmigration nicht eher als Mobilität bezeichnet werden? Was heißt das für Migration aus nicht EU-Ländern - kann dies mit Binnenmigration verglichen werden? Weiter fragte sie mit Blick auf den EU-Kommissionsbericht, welcher Platz Migration in der Wirtschaft zukommt und ob sich Qualifikationen von MigrantInnen zu denen der bereits ansässigen Bevölkerung komplementär verhalten?

Julianna Traser gab einen Überblick über die rechtlichen Rahmenbedingungen der EU-Osterweiterung und deren Bedeutung für den Arbeitsmarkt. Die „alten“ EU Länder haben sich bei den Beitrittsverhandlungen das Recht vorbehalten, Freizügigkeitsregelungen stufenweise einzuführen. Die 2+ 3+2 Jahresregelungen markieren eine Übergangsphase von maximal 7 Jahren für die Öffnung der Märkte für EU - Arbeitskräfte. Die Aufrechterhaltung der Sperre muss nach Ablauf der jeweiligen Zeitspanne begründet werden. Nur Schweden, Großbritannien und Irland haben sofort ihre Arbeitsmärkte für die neuen Mitgliedsstaaten geöffnet. Alle Regelungen beziehen sich auf abhängige Lohnarbeit, nicht auf Selbständige. Schweden, welches den Arbeitsmarkt und den Zugang zu Sozialleistungen für alle EU- Bürgerinnen geöffnet hat, ist *nicht* Hauptziel von Immigration- Irland hat die höchsten Zugangsraten obwohl die Arbeitslosenquote hier höher ist. Migration orientiert sich demnach an der Marktperformance und weniger nach Sozialleistungen.

Jane Hardy beschrieb die Situation von polnischen MigrantInnen und Gewerkschaften in Großbritannien. Großbritannien hat aufgrund schlechter Entlohnung einen hohen Arbeitskräftebedarf im öffentlichen Sektor, der häufig durch MigrantInnen gedeckt wird. Durch die Öffnung und Legalisierung vieler Arbeitsverhältnisse ist das Potential für Missbrauch und Übervorteilung zurückgegangen. MigrantInnen haben die Möglichkeit, rechtlich gegen Benachteiligungen vorzugehen. Immer noch problematisch ist die Situation von Menschen, die über Zeitarbeitsfirmen vermittelt werden. Diese haben geringe Handlungsmöglichkeiten. Zudem werden Menschen durch falsche Versprechungen gezielt nach Großbritannien geschleust und müssen die Kosten dafür tragen. Hier fehlt es oft an Informationen zu vorhandenen Rechten und Klagemöglichkeiten. Polnische Gewerkschaften bieten inzwischen

Beratung und Information zum Thema Arbeitsmigration an und haben Vermittlungsagenturen eröffnet.

Norbert Cyrus plädiert für eine begriffliche Unterscheidung von Arbeitsmigration, die mit einer dauerhaften Niederlassung einhergeht und zeitlich begrenzt anwesenden Arbeitskräften. Deutschland sei klar auf die zweite Kategorie orientiert, wie es die „Gastarbeiter“ Programme nach dem 2. Weltkrieg zeigten. Eine Methode, temporären Aufenthalt durchzusetzen, sind Subkontrakte, bei denen Leistungen eingekauft würden, die sie ausführenden „Leiharbeiter“ aber nicht unter deutsches Recht fallen. Diese Art der Migrationssteuerung wird nicht von den Übergangsregelungen erfasst da diese nur Arbeitskräfte und nicht Dienstleistungen erfassen. Die Bundesregierung hat, unterstützt von der öffentlichen Meinung, die Übergangsregelungen beibehalten. Die durch diese Subkontrakte mögliche Ausbeutung könnte durch Anwendung internationaler und nationaler Standards auf MigrantInnen verhindert werden.

Krystyna Iglicka ging in ihrem Kommentar auf die Situation in Polen ein: als Reaktion auf den hohen Verlust an qualifizierten Arbeitskräfte setzt Polen auf Zuwanderung aus osteuropäischen Staaten – z.T. bedeute dies eine „Legalisierung“ von bereits bestehenden Arbeitsverhältnissen, z.T. komme es zu Neuzuwanderung. Außerdem sei zu beobachten, dass immer mehr Menschen, die als arbeitslos registriert seien, im „Grauen“ Bereich arbeiteten. Die Arbeitslosenquote sei dadurch von 20% auf 17% gefallen. Der Bericht der EU-Kommission über Auswirkungen der Übergangsregelungen zeige deutlich, dass die befürchtete „Flut“ ausgeblieben sei. Migration ist immer noch relativ gering und es sei gelungen, undokumentierte Arbeit in legale Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln. Der starke Anstieg von Billigflügen zwischen Großbritannien und Polen deute daraufhin, dass Migration temporär ist.

In der **Diskussion** wurde die Frage gestellt, wie sinnvoll es sei, sich nur auf dokumentierte Arbeitsverhältnisse zu konzentrieren, ob nicht die Zahlen höher seien, wenn undokumentierte Beschäftigung einbezogen würde. Ein Beispiel sei Österreich wo die höchste Arbeitsimmigration ohne Marktöffnung beobachtet wird. Zeige dies nicht, dass die Übergangsregelungen ineffektiv seien? Julianna Traser verwies darauf, dass der Anteil der temporären Aufenthalte bei 80% liegt und nur 2% dauerhaft bleiben. Wie dies zu bewerten sei, wäre zum jetzigen Zeitpunkt unklar. Auf die Frage, wie die Einschränkung des Asylgesetzes in Deutschland die Debatten beeinflusst, antwortete Norbert Cyrus: viele der ehemaligen Asylsuchenden kamen aus Osteuropa, sie haben kein Asyl erhalten. Die Übergangsregelungen habe die Legalisierung von bestehenden Arbeitsverhältnissen verhindert. Dies heißt nicht, dass die Menschen nicht kommen – die meisten sind bereits da. Wie wird sich die Abwanderung aus den Neuen Mitgliedstaaten auf deren Lohnniveau auswirken – werden diese steigen und damit den Migrationsdruck reduzieren? Krystyna Iglicka glaubt, dass dies sicher die Abwanderung qualifizierter Arbeiter reduzieren könnte – doch seien in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage Polens Einkommenserhöhungen unwahrscheinlich. Daher sei es für Polen billiger, MigrantInnen aus anderen Ländern zu holen. Dies würde auch auf politischer Ebene so beschlossen – ohne dass dies zu gesellschaftlichen Debatten führe. Als Land, das auch historisch immer Emigration gekannt habe, wäre man gerne bereit, MigrantInnen aufzunehmen.

(Dokumentiert von Sangeeta Fager)